

**Bezugspreis:**  
Die Halle monatlich bei wöchentlichem  
Ausstellung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, durch die Post 22,50 Mark,  
auschl. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Re-  
zeptionsstellen angenommen. Im  
auschl. Zeitungsergebnisse sind  
Einzelpreise eingerechnet. Mon-  
atspreise sind keine Gewähr be-  
zogen. Rückzahlungen nur mit der  
Originalanfrage. Halle-Zeitung ge-  
gründet. Ferner der Geschäftsleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1318  
u. 1311, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

**Morgen-Ausgabe.**

# Naale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,  
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen  
für den ersten Monat 1,00 Mark,  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche  
Anzeigenstellen. Erfüllungsort:  
Halle. Erscheinung täglich 1 mal,  
Sonntags u. Feiertagen 1 mal.  
Schreibleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Dromo-  
nade 1a, Dr. Brauhausstr. 17.  
Neben-Geschäftsstellen: Große  
Schildergasse 21 und Markt 24.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609

Nr. 313.

Halle, Donnerstag, den 8. Juli 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Der parlamentarische Unter- suchungsausschuss.

Von Dr. Herz.

Der Reichstag hat gegen die Stimmen der beiden Parteien der Rechten den parlamentarischen Untersuchungsausschuss beschaffen. Oder korrekter ausgedrückt: da der Auftrag des bisherigen parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit dem Ende der Nationalversammlung erlosch, am Sonnabend einen neuen mit den Aufgaben des alten eingeseht.

Der Untersuchungsausschuss war, darüber braucht man sich keiner Täuschung hingeben, auch in den Kreisen der Linken aus mancherlei Gründen nicht populär. Schuld tragen die Fehler, die zweifellos gemacht worden sind und die bei einer so neuen und so unendlich schweren Aufgabe kaum vermieden werden konnten. Schuld trug aber auch der Teil der Presse, der die ganze Sache nur als Sensation aufzog. Die Hauptschuld trifft die reaktionären Parteien, die nichts unerforscht gelassen haben, um den Ausschuss in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und seine Tätigkeit zu sabotieren; man erinnere sich an das unerhörte Auftreten Helfferichs und die Stände, die bei der Bernehmung der Generale injiziert wurden.

Im Interesse des demokratischen Gedankens ist es zu begrüßen, daß der Ausschuss seine Tätigkeit fortsetzen kann. Es wird damit eine der vornehmsten Rechte der Demokratie, das Recht der Kontrolle auch der auswartigen Politik durch den Reichstag gewahrt. Sache des Ausschusses wird es sein, jetzt, nachdem die unermesslichen Kindertränken überfließen sind, die Lehren aus den früher gemachten Erfahrungen in die Praxis umzusetzen. Der Anfang ist schon gemacht, die Vorarbeiten zu weiterer Tätigkeit sind weit gediehen. Voraussetzung ist vor allem, daß die bisher sämtliche Mitglieder ohne Vorurteilsummengen zusammenarbeiten, um der Wahrheit, auf die das deutsche Volk in seinem Glend ein Recht hat, zu dienen.

Auch außerpolitisch ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß der Ausschuss seine Arbeiten fortsetzt. Es ist nur wenigen bekannt, wach tiefen Einbruch der Mut Deutschlands, das die Gründe des juchzenden Unglücks, das die Welt seit der Zeit der Witteränderung betroffen hat, klar zu legen, im Auslande jenseits dem neutralen wie dem feindlichen gemacht hat, und zwar gerade in den Kreisen, die uns wohlwollend und auf eine Rekonstruktion des ungerateten und unaufkräftigen Versailles Friedens drängen. Diese Kreise sind allerdings noch in der Minderheit. Aber diese Minderheit von heute wird die Mehrheit von morgen sein, sobald die Sieger fühlen, daß ihre Rot nicht viel kleiner ist als die der Besiegten. Ist einmal der Siegesrausch verpuffen, und kommt, was nicht mehr allzulange auf sich warten lassen kann, der Rechenhammer, wird überall Rechenhaft gebordert werden.

In England hat Morel bereits trotz aller Anfeindungen seine Union of Democratic Control begründet. In dem Beispiel folgt Frankreich. Dort hat sich unter Leitung des bekannten Politikers Gide eine Gesellschaft gebildet, die nach den Gründen des Kriegsausbruchs forscht; sie geht davon aus, daß die allgemeine russische Kriegserklärung den Ausbruch des Krieges verschuldet hat und fragt nach der Rolle, die Poincaré und Briand bei dieser Gelegenheit gespielt haben.

Italien ist noch einen Schritt weiter gegangen. Giolitti hat in seiner großen Kammerrede die Einleitung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses angekündigt. Die Ansicht Giolittis kommt dem entgegen, was wir seit Ende des Krieges fordern, dem Verlangen nach einer internationalen Untersuchung der Vorgänge vor und im Kriege.

Es wäre von katastrophaler Wirkung gerade auf die für uns wichtigen Kreise im Auslande gewesen, wenn wir jetzt, wo die anderen beginnen, ihre Archive zu öffnen, die Unterlagen geschlossen hätten, nachdem die Wahlen äußerlich einen Aufwind nach rechts gezeigt haben.

Helfen wir dazu, Klarheit und Wahrheit zu schaffen, so wird der öffentlichen Meinung der Welt das Gift, das sich gegen uns angelagert hat, entzogen werden. Ganz besonders wichtig ist aber die Unterforschung der Schuld am Kriege. Die Bedingungen des Versailles Friedens stehen und fallen mit der Unterstellung von der Allein Schuld Deutschlands.

## Die Verhandlungen in Spa.

Spa, 7. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die heutige Sitzung begann zur schlechtesten Zeit um 1/2 Uhr. Die meisten Herren waren rechtzeitig erschienen. Als letzter betrat diesmal Lord George den Saal. Von deutscher Seite ist inzwischen Bislang ein Sitz mit einer größeren Anzahl von Sachverständigen in Spa eingetroffen. Sinnlos ist nach Meinung französischer Mütter nicht mehr unter ihnen.

WZ. London, 7. Juli. Reuter. Die Mütter geben im allgemeinen ihre Zustimmung zu der von Lord George gegenüber den deutschen Vertretern in Spa eingenommenen Haltung ausdruck. Der geistige Zauber, heißt es in einem Blatte, sollte den Deutschen zeigen, daß die Mütter den Deutschen jede persönliche und politische Freiheit bei der Diskussion über die Methode der Ausführung des Vertrages gewähren wollen, daß sie aber nicht in der Stimmung sind, mit sich spielen zu lassen.

## Amerika und die Verhandlungen in Spa.

Jülich, 7. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Sonderberichterstatter der „Neuen Zürcher Zeitung“ in Spa erzählt aus Konkreten, daß es ein großer Fehler wäre wegen des Fernbleibens der Amerikaner von den Beratungen deren Bedeutung zu verkennen. Wenn man in Spa zu einem Abkommen gelange, werde Amerika bereit sein, Europa durch Gewährung von Privatdarlehen zu helfen. Im anderen Falle wäre die Möglichkeit hierzu aber genommen, weil das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft schwinden würde. Lord George sei sich dieser Folgen wohl bewußt und auch Belgien verleihe sich keineswegs dieser Erkenntnis.

## Der englische Oberkommissar Tower über die Zukunft Danzigs.

Von unserem nach Spa entsandten Sonderberichterstatter Wolf Brandt.

Spa, 7. Juli.

Der englische Kommissar für Danzig, Sir Reginald Tower, ist seit dem 4. Juli in Spa anwesend. Da als Punkt 5 auf der Tagesordnung der Konferenz die Danziger Frage steht, wollte ich von Sir Tower Auskunft über die Verhandlungen darüber haben, zu denen dort während auch die deutschen Vertreter zugezogen werden sollten. Es hatten zudem in französischen Zeitungen verschiedene Meinungen geäußert, die der englische Oberkommissar in Spa gemacht haben sollte. Herr Tower erklärte mir, ich sei der erste Journalist, den er überhaupt in Danzig empfangen. Er könne also auch keine Meinungen für die Presse getau haben. Zur Sache selbst bemerkte er, daß er von der Festlegung des fünften Punktes, nämlich Danzigs, auf die Tagesordnung der Konferenz von Spa überhaupt nichts wisse.

Er sei unterwegs nach Paris, um dort das Statut für den freien Staat Danzig auszuarbeiten. Ein Vertreter Danzigs und ein Vertreter Polens würden bei dieser Aufstellung beteiligt sein. Als ich bemerkte, daß der von den Polen ausgearbeitete Entwurf für Danzig die schlimmsten Bedingungen hervorriefe und daß man in Deutschland natürlich mit den Bürgern deutschen Blutes in Danzig unzufrieden, sagte Tower: „Ich habe nicht gemeint, daß der polnische Vorschlag in Paris revidiert würde, sondern ich sagte, daß das Statut dort gemacht würde. Vorschläge kann man viele, es ist das Recht Polens, Vorschläge zu machen, wie es das Recht der Danziger ist. Im übrigen muß das Abkommen in London vom Völkerbund bestätigt werden.“

Bei Erörterung von Einzelfragen wies ich auf die Abhängigkeit hin, in Danzig die politische Mark einzuführen, eine Währungsreform, die Danzig ruinieren würde. Tower sagte mir, das wird in Paris entschieden. „Ich habe nicht gemeint, daß der polnische Vorschlag in Paris revidiert würde, sondern ich sagte, daß das Statut dort gemacht würde. Vorschläge kann man viele, es ist das Recht Polens, Vorschläge zu machen, wie es das Recht der Danziger ist. Im übrigen muß das Abkommen in London vom Völkerbund bestätigt werden.“

## Preussischer Landtag.

149. Sitzung. Mittwoch, 7. Juli, 12 Uhr mittags.

Der Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts wird an die Gemeindeforschungskommission überwiesen. Der Gesetzentwurf über die Durchführung des Staatsvertrages und über die Übertragung der preussischen Staatseisenbahnen auf das Reich und die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbanisierung von preussischen Mooren wurde an den Hauptauschuss überwiesen.

In zweiter und dritter Beratung werden die Gesetzentwürfe betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Ausbau von Wasserkräften des Rhein und der oberen Elbe und der Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes über das Pfandleihgewerbe, Erhöhung der zulässigen Zinssätze auf drei bzw. zwei Prozent angenommen.

Darauf steht das Haus die erste Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1920 fort.

Abg. Dr. v. Richter (D. Kpt.): In Spa handelt es sich um ein oder zwei Monate des Materialbesitzes. Ich sehe Verwahrung ein gegen die Art, wie der Weg Leid uns gestiftet der Entente denunziert, daß wir den Friedensvertrag nicht erfüllt. (Sehr richtig! rechts.) Verwahrung einlegen muß ich auch dagegen, daß Herr Leid in Bezug auf den Marburger Studentenprozeß die Leute, die von dem obersten Gericht freigesprochen worden sind, als Mißverhandlung bezeichnet. (Sehr richtig!) Angehts des Ausfalls der Reichstagswahlen ist es klar, daß auch die preussische Volksvertretung im Falle von Neuwahlen ein ganz anderes Bild zeigen wird als dieses Haus. Wir erwarten von der Regierung, daß sie die Landesparlamentierung nur noch zur Erledigung der allerdingen Aufgaben beansteht und dann sofort die Neuwahlen aussetzt. Die Aufzählung des Finanzministers an die Beamten, sich zur Demokratie und Republik zu bekennen, widerspricht auch unserer Auffassung, von dem von der Reichsregierung vertrieben Recht der Beamten auf politische Meinungsfreiheit. (Sehr richtig! rechts.) Ich erwarte von dem Ministerpräsidenten noch eine bestimmte Auffklärung, wie er sich in dieser Beziehung der Reichsregierung stellt. Gegen die unerhörten Schändungen der Polen sollte die Regierung bei der Reichslegung energisch vorkraftig werden. Die traurige Finanzlage muß uns zur größten Sparmaßnahme anhalten. Sehr beherzigt ist der § 4 des Einzelgesetzes, der den Finanzminister ermächtigt zur Beschaffung von nachweisbar durch den Krieg oder Friedensvertrag hervorgerufenen Bedürfnissen Garantie zu leisten des Staates zu übernehmen. Dadurch können unsere Finanzen unter Umständen vollkommen über den Haufen gemorren werden. (Beifall rechts.)  
Ministerpräsident Braun: Im Hinblick auf die Verhandlungen in Spa will ich auf allgemeine politische Erörterungen verzichten, nur bezüglich der

Verkehrsströmungen im politischen Korridor will ich bemerken, daß die Polen den Abkommensberechtigten alle nur möglichen schäblichen Hindernisse bereiten. Wir erwarten, daß die ökonomische Parteidivision das Deutschtum und ihrer marulischen Heimat bei der Abstimmung die rechte Antwort auf dieses Verhalten der Polen finden werden. Erfreulich ist das Anerkenntnis des Herrn von der Osten, daß man die Arbeit der von Sozialer und wirtschaftlicher Seite auch heute ganz anders behandeln möchte als früher. Die Unzufriedenheit scheint in Formern noch nicht durchdrungen zu sein. Ich hoffe, die Parteien noch zur Verhandlung zu bringen. Der 1. Mai ist nicht im Verwaltungswege zum Feiertag erklärt worden, sondern es ist lediglich den Beamten und Arbeitern, die diesen Tag beanstehen wollten, der Urlaub erteilt worden. (Unruhe rechts.)

Minister des Innern Seegering: Der Appell der Deutschen Volkspartei an die Regierung, die Lebensmittel zu verschaffen, ist ein höchst unglücklicher, den Reichswirtschaftsminister Scholz, gerichtet worden, der dafür unzulässig ist. Die Landesparlamentierung hat ihre eigentliche Hauptaufgabe, die Schaffung der Verfassung, noch zu erfüllen. Von den Dilettanten hoffe ich, daß sie sich als wahre Patrioten erweisen werden. Wir suchen den Wünschen der Ostpreußen nach besten Kräften zu entsprechen. In der Ostpreußenfrage können wir keine Mittel anwenden, die uns mit dem Friedensvertrag in Konflikt bringen. Die stärkere Heranziehung der Finanzen zu Verwaltungszwecken ist die von Sozialer und wirtschaftlicher Seite auch heute ganz anders behandeln möchte als früher. Die Unzufriedenheit scheint in Formern noch nicht durchdrungen zu sein. Ich hoffe, die Parteien noch zur Verhandlung zu bringen. Der 1. Mai ist nicht im Verwaltungswege zum Feiertag erklärt worden, sondern es ist lediglich den Beamten und Arbeitern, die diesen Tag beanstehen wollten, der Urlaub erteilt worden. (Unruhe rechts.)

Abg. Goll (Dem.): Es wird notwendig sein, daß sich die Regierung mehr als bisher die Pflicht für die Gegenwart zu übernehmen angelegen sein läßt. Die Umänderung der Ostpreußen bringt infolge der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit Unzulänglichkeiten mit sich, so daß die Regierung auf Abhilfemaßnahmen bedacht sein muß. Im wirtschaftlichen Leben wäre es sehr nützlich, wenn wieder häufiger große und kleine Messen veranstaltet würden. Der Aktundentag ist auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten, weil er zur Vermeidung der Erzeugung und zur Verhinderung der Lebenshaltung führt. (Unruhe bei den Anwesenden.)

Finanzminister Widemann: Ich muß der Regierung das Recht wahren, höhere Beamte in Ruhestand zu setzen. Bei den einschlägigen Veränderungen in meinem Ministerium handelt es sich nicht um politische Gründe, das war früher der Fall. Der § 4 des Einzelgesetzes mit der darin enthaltenen Ermächtigung ist notwendig, damit die Regierung während der Verlegung der Landesparlamentierung







Vermischtes.

Naturkatastrophen. Die 'Mündner N. Nachr.' melden, fordert die 'Berliner Zeitung' ihre Besitzer ein...

Gefährlich ist, wie wir schon mehrmals, in Münden ein Leben, das zu großen Gefahren bereitet hat...

Handwerk an einem Hofstaatssekretär. Im Maße von Selten bei Hofen im Kreis Kabin wurde am Sonnabend...

Millionengeschäften in Chemnitz. In Hamburg wurde eine Fälscherbahn erklart, die mit gefälschten Ausfuhrscheinen...

Ein berechtigter Streit. Der Präsident des Obertribunals von Amazonas hat dem Bundespräsidenten mitgeteilt...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Eine neue Großbank-Union.

Die Gerichte von kommenden großen Zusammenschlüssen in der deutschen Großbankwelt haben unerwartet rasch ihre Befestigung...

Produktionsbörse.

Berlin, 7. Juli. Nachdem bereits gestern am Börsemarkt die Preissteigerung sich nachdrücklich geltend machen konnte...

Berlin, 7. Juli. (Amstidde Notizen.) Preis für 1000 Kilogramm inländ. Safer Isolo als Schneider frei Wagen...

Devisenkurse.

Berlin, 7. Juli. Die amtlichen Notierungen für telegraphisch übermittelte Wechselkurse...

Table with columns for 'Wohl', 'Geld', 'Wechsel', 'Geld', 'Wechsel' and various market indicators like 'Währungs-Notierungen', 'Börse', 'Devisen', etc.

Börsen-Stimmungsbild.

Berlin, 7. Juli. Die Börsen stehen an der Börse zu beachtliche Reaktionsneigung machte sich heute in etwas verflücht...

Die Verwaltungen des Vereins deutscher Eisenbahnen berichten über die gegenwärtige Lage, daß ein vollständiger Umschwung...

Gelenkigkeit der Verwaltungen. In der Aufsichtsratsauslegung legte der Vorstand die Vermögensvergleichsrechnung des Geschäftsjahres...

Die Westfälische Maschinenfabrik A.G. Witten hat in ihrer Hauptversammlung einmütig den Antrag des Aufsichtsrates...

Die Stahlwerke Rheinisch-Westfälische A.G. in Düsseldorf haben die Produktion...

Die Stahlwerke Rheinisch-Westfälische A.G. in Düsseldorf haben die Produktion...

Die Stahlwerke Rheinisch-Westfälische A.G. in Düsseldorf haben die Produktion...

Die Stahlwerke Rheinisch-Westfälische A.G. in Düsseldorf haben die Produktion...

Die Stahlwerke Rheinisch-Westfälische A.G. in Düsseldorf haben die Produktion...

Die Stahlwerke Rheinisch-Westfälische A.G. in Düsseldorf haben die Produktion...

Die Stahlwerke Rheinisch-Westfälische A.G. in Düsseldorf haben die Produktion...

Koffeinherstellungsfabrik der Kaffee-Eisenbahnen. Zentrale, Verband deutscher Breihersteller, Kaffee-Eisenbahnen...

Europäischer Hof, A.G., Dresden. Bei dem nunmehr seit 27 Jahren bestehenden Unternehmen ist nach dem Bericht für 1919...

Die Glasindustrie. In der Betriebsausführung der deutschen Glasindustrie...

Berliner Börse vom 7. Juli 1920 (Telegramm.)

Large table listing market prices for various goods and stocks. Columns include 'Deutsche Werte', 'Ausland-Werte', 'Eisenbahn-Aktien', 'Schiffahrt-Aktien', 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktionen', and 'Leipzigiger Börse'.

Leipzig, den 7. Juli 1920. Hallesche Zucker-Raffinerie, Leipzig Holzfabrik, Leipzig Textilmaschinenfabrik...

Wer sich alles in diesen Tagen formiert, wer sich alles aufbaut, wer sich alles ausbaut, wer sich alles verbessert...